

### Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Abfall und Bodenschutz  
am 05.06.2007, 15.00 Uhr,  
im Betriebsgebäude der Kreismülldeponie Hattorf am Harz

#### Anwesend:

##### **I. Die Kreistagsabgeordneten**

Werner Bruchmann, Bad Sachsa  
Klaus Liebing, Bad Sachsa  
Herbert Lohrberg, Willensen  
Helga Meyer, Herzberg am Harz - Vorsitzende -  
Lutz Peters, Herzberg am Harz - i.V.d. Abg. Herbert Miche  
Klaus Posselt, Herzberg am Harz  
Raymond Rordorf, Osterode am Harz  
Gerd Schirmer, Hattorf am Harz  
Uwe Schrader, Osterode am Harz  
Eberhard Siegler, Osterode am Harz  
Walter Zietz, Barbis

##### **II. Von der Verwaltung**

Landrat Bernhard Reuter  
Erster Kreisrat Gero Geißreiter  
Kreisoberamtsrat Michael Bührmann  
Kreisangestellter Martin Gries  
Kreisangestellte Susanne Maruhn-Vladi  
Kreisangestellter Rainer Scholz  
Kreisangestellter Martin Sieloff  
Kreisamtmann Rüdiger Cerny - Protokollführer -

Vorgesehen ist folgende

#### Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Abfall und Bodenschutz vom 07.12.2006

4. Bericht des Landrats u. a. über
  - Abfallbilanz 2006
5. Abfallwirtschaft;  
Vorstellung von Herrn Martin Gries (neuer Sachbearbeiter der Bodenschutzabteilung)
6. Anfragen und Mitteilungen
7. Einwohnerfragestunde

Punkt 1:

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet um 15.03 Uhr die Sitzung des Ausschusses und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2:

Anträge zur Tagesordnung

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Punkt 3:

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Abfall und Bodenschutz vom 07.12.2006

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Abfall und Bodenschutz vom 07.12.2006 wird genehmigt.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g bei  
1 Stimmenthaltung)

Punkt 4:

Bericht des Landrats

1. Betriebsabrechnung 2006

Zu Beginn der Sitzung ist jedem Ausschussmitglied ein Exemplar der Betriebsabrechnung für die Hausmüllabfuhr und die Kreismülldeponie überreicht worden.

2. Abfallbilanz 2006

Zu diesem Punkt wird auf die ausführliche Informationsvorlage verwiesen. Die Frage des Abg. Bruchmann nach der Mengenentwicklung bei der Papiererfassung beant-

wortet Herr Scholz. Durch das einfache und für den Nutzer sehr bequeme System der Bündelsammlung nähme die erfasste Menge im Kreisgebiet zu, regelmäßig habe man in der niedersächsischen Abfallbilanz einen Spitzenplatz inne. Problematisch sei die Zunahme der Pappefraktion, da es sich hierbei oft um gewerbliche Transportverpackungen handele, die entsprechend der Verpackungsverordnung separat zu entsorgen wären. Kontrollen gestalteten sich wegen der Zuordnungsschwierigkeiten insbesondere in Innenstadtbereichen problematisch.

Die Frage des Abg. Rordorf nach dem Kostendeckungsgrad bei der Einsammlung der Papier- und Pappefraktion beantwortet KOAR Bührmann mit dem Hinweis, dass zz. eine Zuzahlung von 200.000 € im Jahr notwendig sei. Das entspräche einem Kostendeckungsgrad von 55 %.

Des Weiteren fragt der Abg. Rordorf nach den Gründen für die erhebliche Mengendiskrepanz zwischen den über den gelben Wertstoffsack erfassten Kunst- und Verbundstoffen und den letztlich zur Verwertung aussortierten Materialien. Er stellt hierzu möglicherweise ein Versagen seitens der Abfallberatung in den Raum. Es ergibt sich eine kurze Aussprache, an der sich die Abg. Bruchmann, Rordorf, Schirmer sowie KOAR Bührmann, Frau Maruhn-Vladi, Herr Scholz und der Landrat beteiligen. Übereinstimmend wird die Meinung vertreten, dass hinsichtlich der Verwertung der Kunst- und Verbundstoffverkaufsverpackungen ein Missverhältnis vorliege. Einerseits steige die erfasste Menge bei diesen Materialien, andererseits werde durch eine erhöhte Fehlwurfrate auch Material der Restabfalltonne entzogen. Diese Entwicklung sei allerdings auch in anderen Kommunen zu beobachten. Ein Versagen der Abfallberatung bezüglich der Information über ein System, welches seit 14 Jahren in unveränderter Form etabliert ist, wird von KOAR Bührmann verneint. Seitens der Verwaltung wurde zugesagt, gegenüber der zz. von der DSD GmbH beauftragte und somit für die Erfassung zuständige Fa. Schneemann anzuregen, eine noch schärfere Kontrolle der gelben Wertstoffsäcke vorzunehmen. Nicht unüblich sei im Übrigen eine sehr genaue, an den in der Verpackungsverordnung vorgegebenen Verwertungsquoten orientierte Sortierung der eingesammelten Materialien.

### 3. Abfallzweckverband Südniedersachsen

In der vergangenen Sitzung der Verbandsversammlung des Abfallzweckverbandes am 15.05.2007 seien sowohl der Wirtschaftsplan 2007 als auch die Haushaltssatzung 2007 des Abfallzweckverbandes einstimmig beschlossen worden.

Des Weiteren konnte der Geschäftsführer des Abfallzweckverbandes in der Sitzung über diverse Aufräumarbeiten berichten; nicht jedoch über Fortschritte hinsichtlich des seit über einem Jahr laufenden Beweissicherungsverfahrens.

Zur Erinnerung:

Unverzüglich nach dem Schadensfall im Januar 2006 habe der Abfallzweckverband beim Landgericht Göttingen die Einleitung eines sogenannten selbständigen Beweisverfahrens beantragt, um Ursache und Verursacher gerichtsfest zu ermitteln. Die dort eingesetzten Gutachter seien nicht Gutachter des Abfallzweckverbandes oder der Landkreise, sondern unabhängige Gerichtsgutachter. Wann und ob überhaupt mit Ergebnissen zu rechnen sei, wäre noch völlig offen. Klar sei jedenfalls, dass in jedem Monat, in dem der biologische Anlagenteil nicht laufe, sich die Folgekosten der Havarie erhöhten. Die Deckung der hierdurch entstehenden Mehrkosten

hänge von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Verursachers – wenn dieser einwandfrei festgestellt werden könne – ab.

Beim Abfallzweckverband und den Fachverwaltungen der beteiligten Partner würde deshalb nach Handlungsoptionen gesucht, um die finanziellen Risiken zu minimieren.

#### Ballenlager

Die Genehmigungsverfahren für die beiden potentiellen Standorte Hattorf am Harz und Bonaforth waren zum 01.06.2007 noch nicht abgeschlossen. Entsorgungspässe der heizwertreichen Fraktion würde es allerdings nicht geben, da die Firma, die das Ballenlager betreiben werde, die Entsorgung der bis zur Inbetriebnahme eines Ballenlagers anfallenden heizwertreichen Fraktion übernehme.

Die Frage des Abg. Schirmer zur Dimension der technischen Sicherheitsvorkehrungen bei der biologischen Anlage der MBA in Deiderode beantwortet Herr Scholz mit dem Hinweis, dass üblicherweise mehrere voneinander unabhängige sicherheitsrelevante Mechanismen installiert würden.

#### Besichtigung

Um an einer Besichtigung der MBA teilzunehmen, einigen sich die Mitglieder des Ausschusses auf einen Termin am 20.06.2007 in Deiderode. Dazu würden auch die weiteren Kreistagsmitglieder eingeladen.

#### 4. MBA-Technik

Derzeit seien rund 50 mechanisch-biologische Anlagen bundesweit in Betrieb, zehn davon in Niedersachsen. Diese zehn Anlagen verarbeiteten rund 1 Mio. Jahrestonnen Restabfall – etwa 44 % des niedersächsischen Abfallaufkommens – und bildeten eine tragende Säule der niedersächsischen Abfallwirtschaft. Dennoch sei diese Technik in der jüngsten Vergangenheit wiederholt in die öffentliche Diskussion gelangt. Hierzu sei jedoch anzumerken, dass sowohl seitens des Niedersächsischen Umweltministeriums als auch des Umweltbundesamtes festgestellt wurde, dass sich die mechanisch-biologische Behandlung, trotz zum Teil aufgetretener Anfangsschwierigkeiten, als geeignet zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zur Vorbehandlung herausgestellt habe.

In der Fachpresse sei berichtet worden, dass das Umweltbundesamt eine Beratungsfirma beauftragt habe, die sich mit dem Betrieb von mechanisch-biologischen Anlagen auseinandergesetzt habe. Es sei festgestellt worden, dass die Probleme mechanisch-biologischer Anlagen in großem Umfang gelöst werden konnten. Die Beratungsfirma weise daraufhin, dass die Leistungsfähigkeit und Eignung der **thermischen** Abfallbehandlung nie in Frage gestellt worden sei, obwohl es auch hier Probleme, zum Teil auch spektakuläre Fehlschläge, gegeben habe. Die Einführung einer neuen Technik führe meist zu Optimierungsprozessen.

Im Auftrag des Niedersächsischen Umweltministeriums habe das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Hildesheim einen MBA-Workshop organisiert, berichte die Fachzeitschrift Müll und Abfall Nr. 4/2007. Die Autoren des Artikels seien Dipl. Ing. Jörg Rospunt – Leiter des Dezernats „Abfallwirtschaftliche Beratung“ beim Gewerbeaufsichtsamt Hildesheim – und Dipl. Ing. Gunther Weyer – vom Niedersächsischen Umweltministerium – Referat Abfallwirtschaft und Altlasten. Eine Kernaussage die-

ses Artikels sei, dass alle Anlagentypen in Niedersachsen geeignet wären, die gesetzlichen Anforderungen einzuhalten.

Des Weiteren stelle die Arbeitsgemeinschaft Stoffspezifische Abfallbehandlung in einer Anfang 2007 erschienenen Pressemitteilung klar, dass 90 % der in Deutschland betriebenen MBA-Anlagen die Abfälle den hohen Anforderungen entsprechend behandeln würden. Die Behandlungstechnik dürfe nicht aufgrund von Schwierigkeiten einzelner Anlagen pauschal in Frage gestellt werden.

Abschließend sei noch bezüglich der erfolgten Änderung der Parameter für die Ablagerung des MBA-Outputs in der Ablagerungsverordnung darauf hinzuweisen, dass bereits im Jahr 2001 Experten festgestellt hätten, dass es ökologisch nicht notwendig sei, dass die Grenzen so niedrig angesetzt würden; diese Entscheidung beruhe auf politischen Kompromissen. Die Korrektur dieser Grenzen diene nur dazu, die Parameter den tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen und sage nichts über die Funktionalität der MBA-Technik aus.

Eine Aussprache zu diesem Berichtspunkt findet nicht statt.

## 5. Novellierung der Verpackungsverordnung

Die Beratungen zur fünften Novelle der Verpackungsverordnung seien auf Bundesebene in vollem Gange. Seitens der kommunalen Spitzenverbände würde allerdings schon auf eine mögliche **sechste** Novelle geblickt, da die jetzt anstehende die derzeitigen Probleme **nicht zu lösen vermöge**, im Gegenteil neue Problemfelder erwachsen.

Durch die geplante Neudefinition von privaten Haushalten und diesen entsprechenden gewerblichen Anfallstellen würden etliche Betriebe **nicht mehr** durch ein duales System entsorgt werden, das hieße, keine gelben Säcke, Container, Wertstoffkartons oder Ähnliches erhalten. Bei den betroffenen Betrieben, Verwaltungen, Krankenhäusern würde dies auf völliges Unverständnis stoßen und zu erhöhtem Beratungsaufwand seitens der Kommunen führen. Verbunden mit der jetzt anstehenden Lizenzierungspflicht für Verpackungen – was in Hinblick auf die Trittbrettfahrerproblematik ausdrücklich begrüßt würde – seien künftig lizenzierte, also bezahlte Verpackungen an bestimmten Anfallstellen aus dem System ausgeschlossen. Dies könne wohl kaum jemandem verständlich gemacht werden und sei in den Stellungnahmen der Kreisverwaltung zum Verordnungsentwurf deutlich zum Ausdruck gebracht worden.

Ferner hätten in Niedersachsen bislang **drei** duale Systeme die Freistellung des Umweltministeriums erlangt, **weitere fünf** Systeme hätten derzeit Unterwerfungserklärungen gegenüber den Kommunen abgegeben und strebten die Freistellung an. Von drei Unternehmen würden momentan halbjährlich - in ihrem Lizenzierungsgrad entsprechender Höhe - Nebenentgelte an die Kommunen gezahlt. Es seien also sechs Rechnungen zu stellen und – so die Erfahrungen – auch leider entsprechende Mahnläufe durchzuführen. Dieser Aufwand würde zukünftig zweifellos noch ansteigen.

Die Leistungen, die von dualen Systemen erbracht würden, würden durch Einschränkung der zu bedienenden Anfallstellen sinken, dem stünden – zumindest zunächst - Mehreinnahmen durch die Lizenzierungspflicht gegenüber. Für den Bürger allerdings stehe die Kommune in der Regel als Hauptansprechpartner oder praxis-

bezogen gesagt, als Haupt**beschwerdestelle** zur Verfügung. Ein Verweis auf die zuständigen dualen Systeme würde vom Bürger als „Abwimmeln“ empfunden.

Schließlich stelle sich die Frage, ob die Ausschreibungspraxis der DSD GmbH, also ohne Beachtung der VOL oder VOB, bei der künftigen Vielzahl an dualen Systemen weiterhin Sinn mache. Die Forderung der kommunalen Spitzenverbände, die Zuständigkeit für die Verpackungsentsorgung wieder den Kommunen zuzusprechen, diene der Sache. Seitens der Kommunen würden nachvollziehbare transparente VOL - Ausschreibungen von Entsorgungsleistungen erfolgen. Die Kommunen müssten über ihre Beratungsangebote nicht mehr allein Beschwerden über eine Verpackungsentsorgung abarbeiten, für deren Wirken Vorort letztlich ferne duale Systeme zuständig seien.

## 6. Abfallwirtschaftskonzept

Wie bereits in einem der letzten Ausschüsse berichtet, sei das Abfallwirtschaftskonzept fortzuschreiben. Im Fachbereich V würden derzeit als erster Schritt umfangreiche Bestandsdaten erfasst. Insbesondere die Erfassungs- und Verwertungswege der Verpackungsabfälle, des Elektroschrotts, der Althölzer, Batterien und kompostierbaren Abfälle seien detailliert zu erfassen. Die Beseitigungswege der anderen Abfälle, z. B. mineralische sowie teer- und asbesthaltige Abfälle würden ebenso dokumentiert wie die der vorbehandlungsbedürftigen Abfälle.

Über die Beschreibung des Ist-Zustandes, auf Basis der Bestandsdaten der letzten Jahre, hinaus, seien die zukünftigen Entwicklungspotenziale der einzelnen Abfallströme aufzuzeigen. Besonderer Aufmerksamkeit und Darstellung bedürfe es hinsichtlich der Entsorgungsangebote zum Sperrabfall, zu den Grünabfällen sowie Papier- und Pappeabfällen.

Die vorhandenen Systeme seien hierbei einzeln zu betrachten und zu hinterfragen. Aufwand und Ertrag seien für die einzelnen Leistungsbereiche gegenüberzustellen. Allerdings könnten die Entsorgungsangebote nicht nur auf wirtschaftliche Betrachtungen reduziert werden, sondern müssten auch im Einklang mit gesetzlichen Vorgaben stehen. Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger stünden in der Pflicht, bestimmte Leistungsangebote vorzuhalten und könnten z. B. nicht wegen fallender Wertstofflöse die Papiersammlung einstellen, um diese dann bei besseren Marktbedingungen wieder aufzunehmen.

Beispielhaft an der Sperrabfallabholung dargestellt, seien Fragen zur Leistungsdichte, zur Flexibilisierung und zur Erweiterung des Angebotes zu klären. In die Überlegungen müssten die Häufigkeit von Abholungen, das Angebot von Blitzabholungen innerhalb weniger Tage oder die Erhöhung der individuellen Menge bei Zulassung weiterer Abfallarten zur Abholung, beispielsweise aus Haushaltsauflösungen, Renovierungen oder Autoteilen wie Reifen mit einfließen. Vollserviceangebote wie z. B. die Abholung aus dem Keller, vom Dachboden oder aus dem Nebengebäude seien angesichts der demografischen Entwicklung im Landkreis und auf Grund wiederholter Anfragen ebenfalls in Erwägung zu ziehen. Das würde leistbar sein und lasse dem individuellen Anspruch weiten Raum, wenn verursachergerechte Aspekte Berücksichtigung fänden und Teilleistungen entsprechend der Inanspruchnahme bezahlt würden.

Diese bzw. vergleichbare Überlegungen seien für alle Abfallströme anzustellen.

Es sei geplant, in ca. einem Jahr das Abfallwirtschaftskonzept in die öffentliche Diskussion einzubringen. Sachliche Vorschläge, die z. B. aus persönlich gewonnenen Erfahrungen und Eindrücken fremder Abfallwirtschaften aus Urlaubstagen erwachsen können, wären im Fachbereich Abfall und Bodenschutz in der Zwischenzeit willkommen.

Eine Aussprache zu diesem Bericht findet nicht statt.

#### Punkt 5:

Abfallwirtschaft;  
Vorstellung von Herrn Martin Gries (neuer Sachbearbeiter der Bodenschutzabteilung)

Der Dipl.-Geologe Martin Gries, der als technischer Sachbearbeiter eine Stelle der Bodenschutzabteilung wieder neu besetzt, bedankt sich zunächst für die Möglichkeit der Vorstellung. Nach Nennung der persönlichen Daten erläutert er seinen beruflichen Werdegang als Ingenieurgeologe für verschiedene Ingenieurbüros in Hannover, Northeim und Göttingen. Weiterhin zählt er die vielfältigen Aufgaben in der Bodenschutzabteilung wie z. B. Erfassung von Altlasten, Auskunftserteilung zum Zustand des Bodens, Beratung der Eigentümer bei Bauplanungen oder Bodenabbaustätten auf. Als weitere zukünftigen Aufgaben beim Landkreis nennt er die Umsetzung der geplanten EU-Rahmenrichtlinie Bodenschutz, die Erstellung und Pflege von Internet-Informationen zum Thema Bodenschutz und die Erarbeitung einer Konzeption für das Untersuchungsprogramm „Landwirtschaftliche Nutzung von Altablagerungen“. Die Vorsitzende wünscht ihm im Namen der Anwesenden viel Erfolg und bedankt sich für die Vorstellung.

#### Punkt 6:

Anfragen und Mitteilungen

Der Abg. Siegler fragt an, wer denn den Schaden an der MBA in Deiderode bezahlen würde, wenn sich kein Schuldiger ausfindig machen ließe. Der Landrat entgegnet, das es sich um ein Schadensereignis mit enormer Komplexität handele. Denn sollte sich die Ursache für die Havarie herausstellen, so liege in der Feststellung des Verschuldens bei dem entsprechenden Verursacher das nächste Rechtsproblem. Diese Feststellung könne lange dauern und mit der Insolvenz des Schuldigen enden. Mit dem Feststellen des Verursachers sei also nicht automatisch eine komplette Erstattung der Folgekosten verbunden. In diesem Zusammenhang informiert der Landrat darüber, dass zz. Gespräche geführt würden, mit dem Ziel, die Biologie schnellmöglichst wieder aufzubauen. Hierzu würde der Landrat zeitnah berichten.

Die Nachfrage, in welcher Größenordnung der zusätzliche Betrag pro Mg Abfall ab 2008 liege, wenn das Beweisverfahren weiter abgewartet würde, beantwortet KOAR Bührmann mit ca. 60 €/Mg, dies bezogen auf die jetzige Umlage des Abfallzweckverbandes.

Es folgt eine kurze Aussprache, an der sich die Abg. Bruchmann, Rordorf und der Landrat beteiligen.

Mitteilungen werden nicht gegeben.

Punkt 7:

Einwohnerfragestunde

Von der Einwohnerfragestunde wird kein Gebrauch gemacht.

Um 16.13 Uhr schließt die Vorsitzende die Sitzung.

Im Anschluss an die Sitzung informiert der Deponieleiter Martin Sieloff über die Altpolderabdichtung und den weiteren Bauablauf. Danach schließt sich ein Rundgang über die Kreismülldeponie mit verschiedenen Erläuterungen an.

*gez.*  
*Helga Meyer*

Vorsitzende

*gez.*  
*Bernhard Reuter*

Landrat

*gez.*  
*Rüdiger Cerny*

Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung des Ausschusses für Abfall- und Bodenschutz  
am 7. November 2007